

Weiter Druck auf Belgien wegen problematischer Kernkraftwerke

Kölns CDU-MdB Karsten Möring hat Ministerpräsident Armin Laschet für seinen Versuch gedankt, bei seinem Besuch in Belgien die Regierung zu einem frühzeitigen Abschalten der störanfälligen Kernkraftwerke Tihange 2 nahe Aachen und Doel 3 bei Antwerpen zu bewegen. Auch wenn das Ansinnen nicht erfolgreich war, bleibt es richtig, weiter Druck zu machen.

Immerhin hat Belgien jetzt gegenüber der NRW-Regierung bestätigt, die umstrittenen Kernkraftwerke 2022 beziehungsweise 2023 wirklich abzuschalten. Damit sind auch Spekulationen hinfällig, die eine Verlängerung des Betriebs befürchteten.

Luftreinhaltung: gezielte Maßnahmen statt pauschaler Fahrverbote

Innerstädtische Fahrverbote sind laut Urteil des Bundesverwaltungsgerichts rechtlich ausnahmsweise möglich. Sie dürfen aber nur als letzte Möglichkeit und unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit angewandt werden, wenn anders die Einhaltung der Schadstoffgrenzwerte in der Luft baldmöglichst nicht eingehalten werden können. Grundlage war ein Rechtsstreit zwischen der Deutschen Umwelthilfe und den Landesregierungen von Baden-Württemberg und NRW. Die CDU/CSU-Fraktion sieht sich in ihrer Haltung bestätigt, keine blaue Plakette für bundeseinheitliche pauschale Fahrverbote einzuführen. Vielmehr können die Kommunen selbst entscheiden, ob sie an

bestimmten Stellen Fahrverbote zur Verbesserung der Luftqualität verhängen oder nicht.

Dass es keine pauschalen Fahrverbote gibt, bezeichnet Kölns CDU-MdB Karsten Möring am Dienstag als "gute Entscheidung". und macht darauf aufmerksam, dass die Stickoxidwerte trotz der Verkehrszunahme seit 2000 bereits um 60 Prozent gesunken seien. Wurden 2016 noch in 90 Städten die Grenzwerte überschritten, waren es 2017 nur noch 70.

MdB Möring spricht sich dafür aus, die bereits ergriffenen Maßnahmen zur Luftreinhaltung fortzuführen: "Unser Ziel bleibt es, die innerstädtische Luftqualität weiter zu verbessern und die EU-Grenzwerte in den Städten einzuhalten. Mit dem Sofort-



Der Bund fördert zur Luftreinhaltung in den Kommunen u.a. gezielt Elektromobilität und alternative Antriebe: MdB Karsten Möring nutzte die Möglichkeit, ein modernes E-Auto mit wasserstoffbetriebener Brennstoffzelle zu testen (Foto: BMW/Zensen)

programm „Saubere Luft 2017-2020“ haben Bund, Länder und Kommunen hierzu ein Maßnahmenbündel geschnürt, um die europäischen Grenzwerte einhalten zu können – und das ohne Fahrverbote für Dieselfahrzeuge. Hinzu kommen zahlreiche weitere Maßnahmen, die in den Koalitionsvertrag mit der SPD aufgenommen wurden. Nicht zuletzt müssen auch die Hersteller von Dieselfahrzeugen in die Verantwortung genommen werden. Der Umwelt- und Verkehrsexperte befürwortet technische Nachrüstungen, wenn sie verhältnismäßig und wirksam sind. Denn: „Die Dieselfahrer auch in Köln dürfen keinesfalls die Leidtragenden in dieser Sache sein!“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

ich wundere mich schon etwas über die Aufregung über das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Thema Fahrverbote. Es hilft, zunächst das Urteil zu



lesen - oder wenigstens die Pressemitteilung des Gerichts. Unter der Überschrift "Diesel-Verkehrsverbote ausnahmsweise möglich", wird beispielsweise darauf hingewiesen, dass von Düsseldorf Begrenzungen von Emissionen der Diesel-Kfz "nicht ernsthaft in den Blick genommen worden sind. Dies wird der Beklagte nachzuholen haben. Ergibt sich bei der Prüfung, dass sich Verkehrsverbote für Dieselfahrzeuge als die einzig geeigneten Maßnahmen zur schnellstmöglichen Einhaltung überschrittener NO₂-Grenzwerte darstellen, sind diese - unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit - in Betracht zu ziehen." Es kann also keine Rede davon sein, dass vom Gericht Fahrverbote angeordnet worden seien!

Es kommt eben darauf an, zielgenaue Maßnahmen zu ergreifen. Wenn bei uns in Köln eine Messstelle um 55% zu hohe Werte aufweist (Clevischer Ring), eine andere nur 7,5% (Turiner Straße), dafür aber die beiden anderen Messpunkte 30% bis 40% unter dem Grenzwert bleiben, dann zeigt das den Unsinn von flächendeckenden Maßnahmen. Es macht keinen Sinn, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen. Gute Fahrt und ein schönes Wochenende!

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



10. Wohnungsbautag - für bezahlbares Wohnen

Anlässlich des 10. Wohnungsbautages forderte am Donnerstag in Berlin das „Verbändebündnis Wohnungsbau“ Bund, Länder und Kommunen auf, möglichst rasch und verbilligt Bauland für bezahlbares Wohnen bereitzustellen. Nötig sei eine vom Bund zu koordinierende „nationale Offensive Wohnungsbau“, zu der auch Länder, Städte und Gemeinden beitragen müssten. Wissenschaftler hatten als wesentliches Hemmnis für den Wohnungsbau den Mangel an Bauland ausgemacht. Die aktuellen Baulandpreise ließen bezahlbaren Wohnungsbau in den Ballungsräumen kaum mehr zu. Außerdem wandelten Städte und Gemeinden zu wenig Flächen in Bauland um, heißt es in einer Studie des Pestel-Instituts.

Das Bündnis forderte einen eigenen Baustaatssekretär im Innenministerium, das künftig für die Baupolitik der Bundesregierung zuständig sein soll und ebenso einen eigenständigen Bauausschuss im Bundestag.



Geballte NRW-Baukompetenz: Landesbauministerin Ina Scharrenbach gemeinsam mit MdB Karsten Möring und dem Präsidenten der Freien Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW), Andreas Ibel, auf dem Wohnungsbautag 2018 in der Berliner NRW-Landesvertretung. (Bild: privat)

Dafür wirbt auch MdB Karsten Möring angesichts der Bedeutung des Themas seit längerem: „Wir wollen 1,5 Millionen Wohnungen bis zum Jahr 2021 neu bauen — das bedeutet eine Steigerung der Bauaktivität um 50 Prozent! Ein eigenständiger Bauausschuss im Bundestag ist das geeignete Gremium, um unsere zahlreichen Vorhaben effektiv umzusetzen. Ein Baukindergeld, steuerliche Förderungen beim Mietwohnungsbau und der energetischen Gebäudesanierung, sowie Erleichterungen beim verbilligten Verkauf von Grundstücken des Bundes an Städte und Gemeinden und erhebliche Zuschüsse an die Länder für den sozialen Wohnungsbau stehen im Koalitionsvertrag.“

Praktikantin verstärkt das „Team Möring“ in Berlin



Kölns CDU-MdB Karsten Möring konnte am Montag in Berlin Frau Paula Fischer als neue Praktikantin begrüßen. Die 20-jährige Studentin der Politik und Juristerei wird ihn in den kommenden sieben Wochen bei seiner parlamentarischen Arbeit im Deutschen Bundestag unterstützen und begleiten: „Direkt an meinem zweiten Tag durfte ich Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble kennenlernen“, freut sich Paula Fischer, die bis Mitte April möglichst viele spannende Einblicke in die Abläufe im Herzen der Demokratie gewinnen möchte. (Bild: privat)

Mit dem ICE schneller zwischen Köln/Bonn und Berlin

Die CDU-Bundestags- und Landtagsabgeordneten aus Köln und dem Rhein-Sieg-Kreis haben in einem Brief an die Bahn ein besseres ICE-Angebot gefordert. Die Züge müssten im Vergleich zu den Flugzeiten konkurrenzfähiger sein als bisher. Die Politiker schlagen deshalb den Einsatz von sogenannten ICE-Sprintern vor, die ohne viele Zwischenstopps unterwegs sind.

Die Konzernleitung teilte mit, sie sähe die Möglichkeit, nach der Fertigstellung der Baustelle am Bonner Hbf sechs ICE-Direktverbindungen in die Hauptstadt anzubieten. Dies sei aber auch von den bestehenden Trassenkapazitäten zwischen Bonn und Köln abhängig.

Dazu der Kölner CDU-MdB Karsten Möring: „Die Deutsche Bahn AG hat auch mit Blick auf den dringend notwendigen Ausbau des Bahnknotens Köln erhebliche Potenziale, um wesentliche Beiträge zur Lösung wichtiger Verkehrsprobleme in der Region zu leisten. Insbesondere der deutlich geringere CO₂-Ausstoß im Vergleich zu Pkw- oder Flugreisen wäre zudem ein spürbarer Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz“.

Impressum:

Ausgabe Nr. 6 der 19. Wahlperiode
3. März 2018
Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter

